

**Fraktionsgeschäftsstelle**

Friedrich-Ebert-Straße 46  
46535 Dinslaken

Telefon: 02064 / 77 57 380

Telefax: 02064 / 77 57 381

Mail: buero@linksfraktion-kreiswesel.de

[www.linksfraktion-kreiswesel.de](http://www.linksfraktion-kreiswesel.de)

An den  
Landrat des Kreises Wesel  
Herrn Dr. Ansgar Müller  
Kreishaus  
Reeser Landstraße 31  
46483 Wesel

den Fraktionen, Gruppen und Einzelmitgliedern des  
Kreistages zur Kenntnis

Dinslaken (Kreis Wesel), den 11.09.2019

## **Antrag zur Sitzung des Kreistags am 10. Oktober 2019 ICAN-Städteappell zum Vertrag über das Verbot von Atomwaffen**

Sehr geehrter Herr Dr. Müller,  
sehr geehrte Damen und Herren,

zur oben genannten Sitzung stellen wir folgenden Antrag.

Der Kreis Wesel begrüßt das Engagement des Bündnisses ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons), das im Jahr 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Der Kreis Wesel unterzeichnet den Städteappell der deutschen ICAN-Sektion, der wie folgt lautet:

„Der Kreis Wesel ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zum Beitritt auf.“

### **Begründung:**

Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Kommunen dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind Kommunen direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen.

Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Bedrohung im Kauf und sehen den Einsatz mit Atomwaffen als legitime Verteidigungsstrategie. Damit setzen diese Staaten ihre Bürger und Bürgerinnen der Vernichtungsgefahr aus. Immer wieder sind wir in der Vergangenheit an einem Atomkrieg vorbeigeschrammt. Kommunen tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass sie sich gegen Atomwaffen aussprechen.

Das Engagement von Kommunen ist wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese auf den Willen der Bevölkerung achtet. Wenn Kommunen die Regierung dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung, dass die hier in Deutschland lebende Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnen. Die Bundesregierung ignoriert diese Sicht bisher.

Mit freundlichen Grüßen



Sascha H. Wagner  
Fraktionsvorsitzender